



## **Landesbeauftragte eröffnet in Coswig Ausstellung zu „Jugendopposition in der DDR“**

### **Am 20.9. zugleich Beratungstag für Betroffene von SED-Unrecht**

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, nimmt am Dienstag, 20. September 2016, um 10 Uhr an der Eröffnung der Plakatausstellung „Jugendopposition in der DDR“ im Rathaus von Coswig (Anhalt) teil.

Frau Neumann-Becker: „Jugendliche sind das Gewissen einer Gesellschaft. In der DDR haben viele Jugendliche den Unterschied zwischen Propaganda und Wirklichkeit erlebt und darunter gelitten. Sie haben den Lügen nicht geglaubt und haben ihre Wahrheit dagegen gesetzt. Diese Jugendlichen, deren Geschichten hier stellvertretend erzählt werden, wollten Wahrhaftigkeit leben. Einige von ihnen haben das mit ihrem Leben bezahlt. Viele der Dargestellten waren 1989 bei der Friedlichen Revolution aktiv dabei: So meldete Katrin Eigenfeld 1989 in Halle das Neue Forum an, Gabriele Stötzer besetzte am 4 Dezember 1989 mit anderen die Stasi-Zentrale in Erfurt.“

Das Anliegen der Sonderausstellung besteht darin, das Interesse Jugendlicher für die Geschichte der Gleichaltrigen in der DDR zu gewinnen. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen 18 Oppositionelle, die sich in ihrer Jugendzeit der SED-Diktatur entgegengestellt haben. In Texten und anhand von ergänzenden Fotos und Dokumenten wird geschildert, warum und wie sie sich gegen das Regime engagierten und für welche Ideale sie sich einsetzten. Die Porträts sind angesiedelt im Zeitraum von den Nachkriegsjahren bis 1989. Die Ausstellung wurde von der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erarbeitet.

Die Ausstellung ist bis zum 14. Oktober 2016 im Rathaus der Stadt Coswig (Anhalt), Am Markt 1, von Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 12 Uhr zu sehen.

### **Beratungsangebot im Rathaus Coswig**

Am Tag der Ausstellungseröffnung, dem 20. September 2016, bietet die Behörde der Landesbeauftragten gemeinsam mit Mitarbeiterinnen der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

zugleich einen Beratungstag für Betroffene von SED-Unrecht an. Das Angebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere an zu Unrecht Inhaftierte, an Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes, an Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren oder Eingriffe in Eigentum und Vermögen erfuhr, an Hinterbliebene und Angehörige von Opfern oder auch von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR.

Die Beratung kann in Anspruch genommen werden zur Prüfung einer möglichen strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen oder beruflichen Rehabilitation nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, zu monatlichen Zuwendungen („Opferrente“), zu Kinderheimen in der DDR oder zu Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung bzw. Internierung. Zugleich ist es möglich, Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten zu stellen. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Das Beratungsangebot richtet sich an Betroffene aus der Region Anhalt und Wittenberg. Es kann von 9 bis 17 Uhr im Rathaus von Coswig genutzt werden, der Ausschilderung bitte folgen. Eine Voranmeldung ist nicht notwendig.